

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Umtsblatt

Verantwortlicher: Kurt Dresden Nr. 31807

Telegr.-Adresse: Elbgaupresse Dresden

für die Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt, das Amtsgericht Dresden für die Superintendentur Dresden II, das Forstrentamt Dresden und für die Gemeinden: Blasewitz, Weißer Hirsch, Laubegast, Dobritz, Wachwitz, Niederpöritz, Hofterwitz, Pillnitz, Weißig, Schönfeld Publikations-Organ und Lokalanzeiger für Loschwitz, Rochwitz, Bühlau, die Lößnitzgemeinden, Dresden-Eriesen, Neugruna und Tolkenwitz

Druck und Verlag: Elbgaupresse-Verlag und Verlagsanstalt Hermann Steur & Co.

Erscheint jeden Wochentag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: durch die Post vierteljährlich 9.—, monatlich 3.—; bei Abholung in der Geschäftsstelle vierteljährlich 8 40, monatlich 2 80.

Blasewitz
Sonntag, 26. Juni 1920.

Anzeigen-Preis: die gespaltene Grundzeile oder deren Raum 1.— Mark, im Textzeile die Zeile 2 50 Mark, für Tabellen- und schwierigen Satz 50% Aufschlag. Anzeigen-Aannahme für die nächste Nummer bis vorn. 11 Uhr

Der Lösung entgegen.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird Reichskanzler Behrend am heutigen Freitag noch sein neues Ministerium der Öffentlichkeit präsentieren können. Optimisten sind sogar der Ansicht, daß das Kabinett heute Freitag vormittag bereits vollständig sein wird und in diesem Falle der Reichskanzler Behrend seine ursprünglich für Mittwoch kommende Rede in Aussicht genommene Programmrede voraussichtlich bereits am heutigen Freitag nachmittags im Reichstag halten wird. Letzteres möchten wir bezweifeln, da eine derartige Rede gar nicht notwendig ist.

Am gestrigen Tage haben alle Parteien noch Fraktionsführungen abgehalten. Wie man uns aus Berlin intern geführten Datum meldet, beschäftigen die Sozialdemokraten ihren bekannten Entschluß, daß sie der neuen Regierung wegen der Sparr Konferenz keine Schwierigkeiten machen wollen. Diese Erklärung soll ein Erlaß für das verweigerter Verbandsvotum sein. Man will durch diese Erklärung aber auch den Demokraten den Eintritt in das Kabinett erleichtern. Als ein Freundesdienst verwandter Seele. Die demokratische Fraktion hat sich deshalb auch mit diesem Erlaß abgefunden. Die Deutsche Volkspartei hat in ihrer Fraktionsführung endgültig Dr. Dehne als Justizminister und Herr Reichskanzler, v. Kaamer als Schatzminister und den Charlottenburger Oberbürgermeister Scholz als Wirtschaftminister nominiert. Es ist also demnach nur noch der Posten des Wiederaufbauministers zu besetzen, der entweder der Deutschen Volkspartei oder der Bayerischen Volkspartei zufallen wird. Zwischen dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei haben gestern, wie man aus München meldet, neue Verhandlungen stattgefunden. Die Bayerische Volkspartei ist geneigt, in das Ministerium einzutreten, vertritt aber auf ihrem föderalistischen Programm und der Forderung, daß nicht nur die Sperrklausel der Reichsverfassung fortzufallen muß, sondern auch alle mit einfacher Mehrheit zu erledigenden Beschlüsse erst abgeändert werden müssen, die die selbständige Verwaltung der Bundesstaaten einengen, namentlich in der Finanzverwaltung und Landessteuerordnung. Wenn sich also die Bayerische Volkspartei überhaupt entschließt, in das Kabinett einzutreten, dann dürfte sie wohl keinen Parlamentarier, sondern einen Fachmann abordnen.

Heute lief noch nachstehende Meldung ein:
Berlin, 25. Juni. Während der „Berl. Lokalanzeiger“, die „Voss. Zig.“ und das „Berl. Tagebl.“ die Kabinettsbildung im wesentlichen als abgeschlossen ansehen, sagt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“: Die Bemühungen der Parteien, die Bildung des Kabinetts beschleunigt zustande zu bringen, hätten bisher noch zu keinem positiven Ergebnis geführt. Die verschiedenen genannten Namen der in Betracht kommenden Persönlichkeiten trafen noch nicht zu. Festzulegen scheint bisher nur, daß die demokratischen Minister Koch und Gehler in ihren Ämtern verbleiben und der Führer der deutschen Volkspartei, Dehne, Reichsjustizminister und zugleich Vizekanzler werden würde. Alles übrige sei noch in Fluss und bisher noch in keiner Weise entschieden.

Kurz nach Schluß der Redaktion traf nachstehende telephonische Meldung ein:

Berlin, 25. Juni. Nach Mitteilung eines Regierungsvertreter im Reichstagsrat des Reichstages beabsichtigt der Reichskanzler am Montag 11 Uhr das neue Kabinett vorzustellen und eine programmatische Erklärung abzugeben. Am Nachmittag desselben Tages wird dann in einer erneut anberaumten Sitzung Gelegenheit zur Aussprache gegeben, die wegen des katholischen Feiertages am Dienstag am Mittwoch fortgesetzt wird. Da nun endgültig feststeht, daß am 5. Juli die Verhandlungen in Spa beginnen, sollen die Verhandlungen des Reichstages bis dahin abgeschlossen werden.

Deutscher Reichstag.

1. Sitzung, Donnerstag, 24. Juni.

Das Haus ist sehr gut besetzt. Die Tribünen sind überfüllt. In der Diplomatenloge sind zahlreiche Vertreter fremder Staaten anwesend. Am Regierungstisch Vizekanzler Koch.

Um 3 1/4 Uhr eröffnet Alterspräsident Abg. Rieder-Brandenburg die Sitzung und erklärt den ersten deutschen republikanischen Reichstag für eröffnet. Als vorläufige Geschäftsordnung wird die der Nationalversammlung angenommen. Zu Schriftführern werden die Abgeordneten Frau Behm-Schuch (Soz.), Frau Kanes (Unabh.), Dr. Pfeiffer (Str.) und Malzewitz (Dtschnatl.) bestimmt. Es wird dann der Namensaufruf der Abgeordneten vorgenommen. Es fehlen u. a. noch die Abgeordneten Dr. Deim und Dr. Engenberg. Beim Aufruf des unabhängigen Abgeordneten Wittwog, der gestern vom Reichsgericht wegen Landesverrat zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, ruft der Abg. Ledebour (Unabh.): „Der ist unter Rechtsbruch verurteilt worden und kann deshalb nicht hier sein.“ (Unruhe.) Bei dem Aufruf des Abg. Stinnes (Dtsch. Vp.) ruft Adolf Hoffmann (Unabh.): „Wenn das Geld im Kasten klingelt.“ (Unruhe, Heiterkeit bei den Unabhängigen.)

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 492 Abgeordneten. Es fehlen also nur 24. Der Alterspräsident stellt fest, daß der Reichstag also beschlußfähig ist. Das Haus verlegt sich. Nächste Sitzung: Freitag 8 Uhr: Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und der Schriftführer.

Sächsische Volkshammer.

100. Sitzung vom 24. Juni.

Die Besprechung des Staatshaushaltplanes wird fortgesetzt und zu Ende geführt. Abg. Castan (Soz.): Die bisherigen staatlichen Maßnahmen zur Verringerung der Wohnungspot waren sehr mangelhaft. Sozialisierung ist nur bei einer aufsteigenden Wirtschaft möglich und hat zur Voraussetzung, daß die Sozialisierungsfreunde auch die politische Macht haben. Ueber das Räteproblem herrscht auch bei den Unabhängigen keine Klarheit. — Minister des Innern Lübbow wendet sich gegen einige Debatteredner und verspricht über die vom Abg. Müller gestellten Waffenübungen von Arbeiterkompagnien Untersuchungen einzuleiten. Eine neue Waffenablieferungsverordnung verlangt auch von den Kriegserwerbenden die Ablieferung der Waffen. — Hiermit schließt die Aussprache über den Staatshaushaltplan, der wie auch der Haushaltsplan des staatlichen Elektrizitätsunternehmens, an die Haushaltsausschüsse A und B verwiesen wird.

Abg. Krause-Lugau (Soz.) begründet alsdann den Antrag auf Einführung von Beiträgen bei dem Bezahnen und den Berginspektionen. Er sagt, man habe bisher den Bergarbeitern jede Betätigung in der Verwaltung unterbunden und ihre seelische Stimmung nicht beachtet. Die Bergarbeiter müssen in allen Fragen, die sie angehen, mitzureden haben. Nach kurzer Debatte wurde der Antrag dem Haushaltsausschuss A überwiesen. Nach Erledigung von Eisenbahnpetitionen verlegt sich das Haus auf Mittwoch, 30. Juni.

Politische Nachrichten.

Neue Demütigung Deutschlands.

Berlin, 24. Juni. Von den drei dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in der Frage der Entwaffnung von seiten der verbündeten Regierungen ausgegangenen Noten zählt die erste die verschiedenen Beschlüsse gegen die militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages auf, die Deutschland von den Verbündeten zur Last gelegt werden. Es wird dann im einzelnen darauf hingewiesen, die Verbündeten seien darin einig, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages über die Entwaffnung Deutschlands, sowohl was die Verweigerung als auch was das Kriegsgerät betrifft, restlos durchzuführen werden müßten. Dabei müßte es bei der Herabsetzung der deutschen Heeresstärke auf 100 000 Mann verbleiben. Die Sicherheitspolizei sei innerhalb dreier Monate aufzulösen. Dafür könne die schon vor dem Kriege bestehende Ordnungspolizei auf 150 000 Mann, somit um 70 000 gegen den Stand von 1913 erhöht werden. Ferner fordern die Verbündeten, daß die deutsche Gesetzgebung ausdrücklich in Einklang mit den militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages gebracht wird, womit, wie aus der zweiten Note hervorgeht, insbesondere die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht durch Gesetz gemeint ist. — Weiter werden in der Note geschlossene Maßnahmen gegen die Ausfuhr von Kriegsmaterial verlangt. Endlich werden auch wirksame Maßnahmen zur Auflösung der Einwohnerwehren bestimmt. Die zweite Note gibt insbesondere Einzelheiten über den Erlaß der Sicherheitspolizei durch die 150 000 Mann Ordnungspolizei. Die dritte Note fordert mit Rücksicht auf die angeblich unvollkommene Ausführung der Auslieferung des militärischen Luftfahrmaterials, daß die Anfertigung von Luftfahrmaterial in Deutschland, die an sich schon am 10. Juli wieder hätte beginnen können, erst drei Monate nach vollständiger Durchführung der Auslieferungspflicht wieder aufgenommen werden darf.

Ueber das Ergebnis der Beratungen zu Boulogne berichtet die „Presse“ noch aus Paris: In der Frage der Kriegsentwaffnung ist entgegen den bisherigen Behauptungen der französischen Presse tatsächlich beschlossen worden, für die Gesamtentschädigung die Summe von 100 Milliarden Goldmark festzusetzen, zahlbar in Jahresraten von drei Milliarden. In Deutschland in der Frage, die jährlichen Zahlungen zu erhöhen, so vermindert sich natürlich die in Aussicht genommene Frist von 33 bis 35 Jahren. Ferner wurde beschlossen, die deutsche Regierung in Spa zu Verhandlungen auf gleichem Fuße zuzulassen, dementsprechend hat die Konferenz auch bestimmt, daß die Regierungen der Entente noch vor Spa Vertreter im Wirtschaftsrat in Berlin akkreditieren werden.

6 1/2 Milliarden Mark Fehlbetrag in zwei Monaten!
Das Gesamtdefizit aller Reichsressorts für die Monate April und Mai beläuft sich nach zuverlässiger parlamentarischer Information auf 6 1/2 Milliarden Mark. Der Rückgang der Reichseinnahmen in den beiden Monaten beträgt gegenüber dem Vorjahr fast 30 Prozent. — (Während sich in Berlin seit mehr als vierzehn Tagen die Parteien darüber herumstreiten, wie das „Ministerium des Wiederaufbaues“ gestaltet werden soll, geht das Reich selbst mit Riesenschritten seinem Verderben entgegen. Wenn sich die Fehlbeträge so weiter häufen wie in den beiden ersten Monaten des Rechnungsjahres, dann werden wir Ende März 1921 zu unseren bisherigen Schulden eine neue große Last in einer Höhe von über 80 Milliarden zu tragen haben. Wie dafür Deckung geschafft werden soll angesichts der Tatsache, daß uns an Steuern das Reichsmögliche bereits ausgeschöpft wird, ist vollkommen unerfindlich. Immerhin sollte die niederschmetternde Feststellung des Fehlbetrages von 6 1/2 Milliarden die Parteien veranlassen, nun rasch mit dem trostlosen Gefelsche um den Aufbau des Kabinetts zu Ende zu kommen, damit endlich der Aufbau des Reiches begonnen werden kann. Die Schriftleitung.)

Vorbereitungen für einen allgemeinen Generalstreik.

Der „Bayerische Kurier“ veröffentlicht einen Bericht über eine Sitzung der Kommission A der U. S. P., die am 20. Juni in München stattfand. Der Vorsitzende bezeichnete es als Aufgabe dieser Kommission, die Vorbereitung für den Generalstreik zu treffen, von dem man nicht wisse, wann er komme, aber bestimmt wisse, daß er unter allen Umständen kommen werde. U. S. P., R. P. D. und U. S. P. hätten, um möglichst einer Bespielung vorzubeugen, getrennte Generalstreikleitungen. Der Genosse Piening führte u. a. aus: Die U. S. P. müsse als stärkste Organisation die Leitung in die Hand nehmen. Ganz Deutschland sei in Kreise geteilt, denn in ganz Deutschland werde die gleiche Organisation geschaffen. Bayern zerfalle in zwei Teile, Süd- und Nordbayern, mit den Stützen in München und Nürnberg. Die Streikleitungen der einzelnen Parteien arbeiten scheinbar getrennt. Die erste und Hauptaufgabe der einzelnen Ortsgruppen sei die restlose Stilllegung der Betriebe. Unterriede zwischen sogenannten lebenswichtigen Betrieben und anderen würden nicht geduldet. Von allen Maßnahmen seien notwendige, schwer zu beschaffende Teile zu entfernen. Die Eisenbahner garantieren dafür, daß von dem Augenblick der Proklamation des Generalstreikes an keine Maschine mehr den Schuppen verläßt. Das Fahrpersonal könnte höchstens noch ein paar Tage Dienst tun. Die Angestellten der Elektrizitätswerke verpflichten sich, dafür Sorge zu tragen, daß auch keine technische Nothilfe mehr etwas ausrichten kann. Diese sei mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen. In dem Augenblick der Proklamation des Streiks müsse auch die Entwaffnung der Einwohnerwehren einsetzten. Dies sei die Aufgabe der Kommission B. Die Generalstreikleitung stehe mit der Außenwelt nur durch Kuriers in Verbindung. Man müsse sich darüber klar sein, daß es sich um einen Entschwedungskampf handle. Wenn diesmal das Proletariat unterliege, dann sei es erledigt. In der Diskussion wurde einem Genossen, der auf die Gefahren für die Räter, Säuglinge und für die Krankenhäuser hinwies, von dem Vorsitzenden erwidert, einige Tausend Menschenleben spielten bei dem Entkampf des Proletariats keine Rolle. Am Schluß erklärte der Genosse Piening, er betrachte die Einwohnerwehren nur als Waffenspeicher der U. S. P., da sie sofort leicht überturnen werden könnten. Mehr zu fürchten sei die Reichswehr. Ein Glück sei es, daß ihre Verminderung auf 100 000 Mann tödlicher sei. — (Als kürzlich die „Täg. Allg.“ den Wortlaut eines Flugblattes veröffentlichte, das die arbeitende Bevölkerung zum Generalstreik aufrief, suchte die sozialdemokratische und mit ihr in treuem Verein auch die demokratische Presse das Schwergewicht dieser Mitteilung dadurch zu entkräften, daß sie auf einen Wink des Leiters der Nachrichtenstelle bei der Reichskanzlei erklärte, die Unterschriften der Parteien und Gewerkschaften unter dieses Flugblatt seien gefälscht. Diesem Täuschungsmanöver tat indes die Erklärung der unabhängigen „Freiheit“ Abbruch, daß tatsächlich ein solches Flugblatt vorbereitet worden sei, damit es für alle Fälle in Bereitschaft gehalten werde. Aus dieser Unfruchtbarkeit war jedenfalls zu entnehmen, daß von radikaler Seite die Vorbereitungen für einen Generalstreik sich im Stadium der Vorbereitung befinden. Diese Annahme findet nun durch die Enthüllung des führenden bayerischen Zentrumsblattes ihre glatte Bestätigung. Bei der Ausarbeitung des Planes sind die radikalen Kreise mit einer beachtenswerten Umsicht zu Werke gegangen. Das Ziel der Unabhängigen und der Kommunisten und in beider Schlepptau auch der Reichssozialisten, wenigstens in Bayern, ist ein Gewaltstich von einer bisher ungewohnten Stärke. Die Absicht, auch die lebenswichtigen Betriebe, alle Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke, lahmzulegen, weist darauf hin, daß man entschlossen ist, rücksichtslos auf's Ganze zu gehen. Die Durchführung des vorbereiteten Planes soll mit Hilfe der Sabotage, der Zerstörung von Maschinen und Werkstatteinrichtungen gewährleistet werden. Daß dadurch namenloses Elend über das ganze Volk und ganz besonders über die Arbeiter gebracht wird, stört die geistigen Treiber nicht im geringsten. In ihrer empörenden Rücksichtslosigkeit scheuen sich diese Junker nicht, es auszusprechen, daß es ihnen auf ein paar tausend Menschen nicht ankommt. Die ganze Öffentlichkeit sieht also, was sich da Unheil zusammenbraut. Die Reichsregierung mag aber endlich aus ihrer Vertrauensseligkeit aufwachen und dafür sorgen, daß das wankende Reich durch derartige Rücksichtslosigkeiten, wie sie da in München aufgedeckt worden sind, nicht völlig zusammenbricht. Die Schriftl.)

Im Rheinland wird der Steuerabzug geklärt.
Bonn, 24. Juni. Der Regierungspräsident gibt bekannt, daß die Rheinlandkommission den zehnprozentigen Lohnabzug genehmigt hat.

Streiks in Essen und Düsseldorf.
Essen, 24. Juni. Der Streik der städtischen Arbeiter hat Donnerstag morgen begonnen und wird von den einzelnen Gewerkschaften unterstützt. Verhandlungen über die Ausführung von Notstandsarbeiten scheitern noch.

Düsseldorf, 24. Juni. Die Lage in Düsseldorf spitzt sich infolge fortdauernder Streiks zu. Auf dem Dindenburgwall sind Kundgebungen der Unabhängigen und Kommunisten veranstaltet worden, wobei Ansprachen gehalten worden sind. In denen die Fortsetzung des Streiks proklamiert worden ist. Die Verammlung der Betriebsräte und Funktionäre hat den Beschluß der Arbeiterunion gebilligt, die die Weiterführung